

Planungsbeschleunigungsgesetz bereitet Sorgen

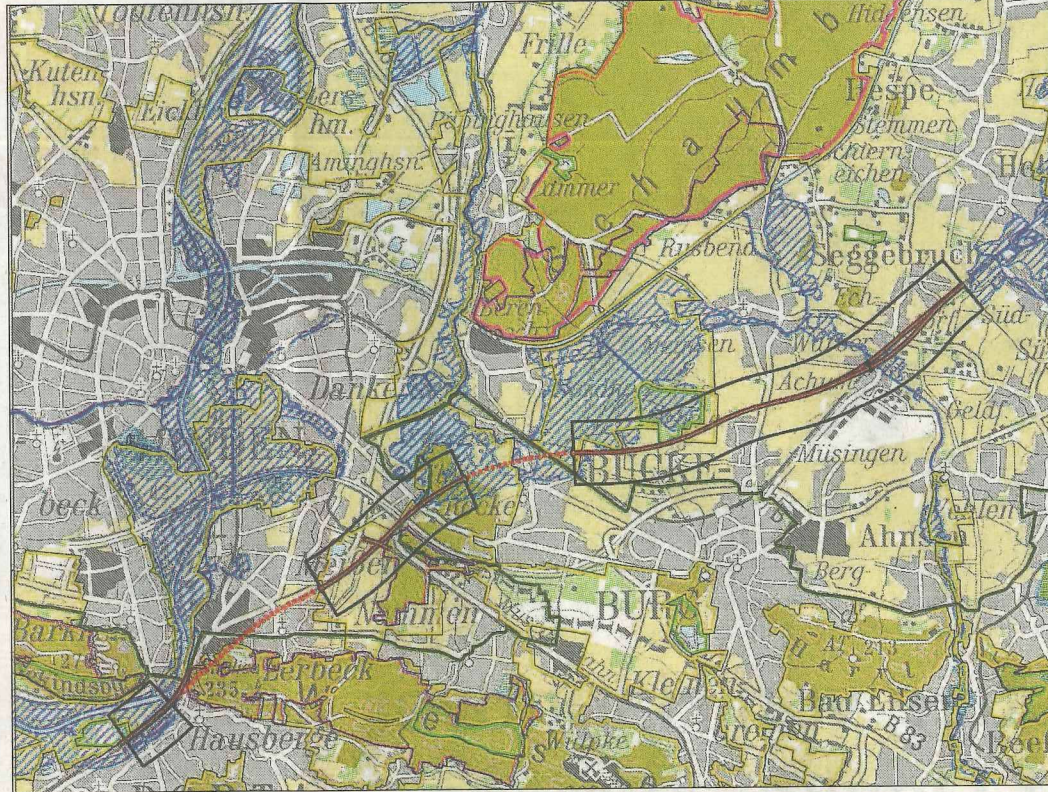
BIGTAB droht Einfluss bei Trassenausbau zu verlieren / Weiterhin unklar ist der Verlauf zwischen Seelze und Bad Nenndorf

LANDKREIS (ns). Ein angestrebtes Gesetz sorgt für Aufruhr in der Region. Das von der Bundesregierung avisierte Planungsbeschleunigungsgesetz für Verkehrsprojekte mag vielleicht Gutes in Form von schnelleren Entscheidungen bieten, doch es bringt andererseits auch schlechte Neuigkeiten mit sich. Das zeigen aktuelle Entwicklungen rund um den geplanten Trassenbau der Bahn zwischen Bielefeld und Hannover.

Durch das avisierte Gesetz sieht sich die Bürgerinitiative gegen den trassenfernen Ausbau der Bahn in Bückeberg, Minden und Porta Westfalica (BIGTAB) massiv unter Druck gesetzt. Der Grund dafür ist das Planungsbeschleunigungsgesetz, welches am 6. Juli dieses Jahres durch Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer als Entwurf eines „Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im

Verkehrsbereich“ veröffentlicht wurde. Infolgedessen wurde dieser Entwurf bereits vom Bundeskabinett mit der Konsequenz beschlossen, weitere Beratungen im Bundestag und Bundesrat folgen zu lassen. Das Gesetz könne Ende November dem Bundesrat vorgelegt werden, der genaue Zeitpunkt stehe allerdings noch nicht fest, sagt die Schaumburger SPD-Bundestagsabgeordnete Marja-Liisa Völlers. Man werde in der SPD-Bundestagsfraktion sehr genau prüfen, welche weiteren Änderungen sinnvoll seien: „Ich werde alles daransetzen, dass sich dieses Gesetz nicht negativ auf den von allen bevorzugten trassennahen Ausbau auswirkt“, so Völlers. Für sie stehe klar im Vordergrund, Bürgerinnen und Bürger besser in transparente und effizientere Planungsprozesse einzubinden und dafür zu sorgen, dass Umweltbelange auch künftig nicht zu kurz kämen, so die Politikerin. Eines stehe für sie hingegen in Bezug auf den Gesetzentwurf fest, denn auch hier gelte das nach dem ehemaligen Verteidigungsminister Peter Struck benannte Credo des „Struckschen Gesetzes“: „Kein Gesetz kommt aus dem Parlament so heraus, wie es eingebracht worden ist.“

Die Auswirkungen für das geplante Bauvorhaben der Bahnlinie Hannover-Bielefeld wären in der Tat immens. Unter anderem deswegen, weil das Genehmigungs- und Anhörungsverfahren bei Schienenprojekten von den Bundesländern auf die Schultern des Eisenbahnbundesamtes übertragen werden würde. Die Regierung wären nach Verabschiedung des Gesetzes demzufolge nicht mehr mit der abschließenden Entscheidung betraut. Dazu sagt Thomas Rippke von BIGTAB: „Die Bundesländer würden [...] jeglichen



Ein aktueller Trassenplan zeigt den Weg einer möglichen Neubaustrecke (blau schraffiert: Wasserbereiche und Niederungen, rot gepunktet: Tunneltrassen, schwarze Kästen: Freiluftrassen).

Einfluss verlieren, da das Eisenbahnbundesamt zukünftig für das Anhörungsverfahren bei Bahn-Infrastrukturprojekten zuständig sein würde.“

Unklar ist weiterhin der Trassenverlauf zwischen Seelze und Bad Nenndorf. Im Süden von Wunstorf ist wegen des Gewerbegebietes ohnehin kein Platz. Der Mittellandkanal, die Mergelgrube und die Autobahn stellen weitere natürliche oder technische Hindernisse dar. Auch im Bereich Barsinghausen sind Einschränkungen zu erwarten, denn die Stadt plant auf seiner Seite der Autobahn ebenfalls

ein Gewerbegebiet, während in Seelze-Süd ein großes Wohngebiet entwickelt worden ist. Kommt es zu einer Neubaustrecke, muss im Bereich Wunstorf eine deutliche Zunahme des Güterverkehrs erwartet werden, obwohl die Stadt bereits heute zu den sechs am stärksten von Schienenlärm betroffenen Gemeinden (außerhalb von Ballungsräumen) gehört. Seelze liegt hier sogar an Position 2.

Die Folgen des neuen Gesetzesvorhabens könnten auch für das benachbarte Porta Westfalica massive Beeinträchtigungen mit

sich bringen, denn die seit langem befürchtete Zerstörung des Landschaftspanoramas am Portaner Jakobsberg könnte die Folge sein. Dies wäre der Fall, wenn der Plan einer Neubaustrecke zwischen Bückeberg und Porta Westfalica zur Realität werden würde. Dieser Plan wäre nicht nur mit einer Tunnelbohrung am Jakobsberg verbunden, sondern es müsste zudem eine riesige kilometerlange, den Ortskern von Hausberge sowie Straßenzüge überspannende Brücke errichtet werden. Ein solches Bauwerk werde das gesamte Landschaftsbild für immer verändern und dem Tourismus

massiv schaden, so die BIGTAB. Ein Neubau werde eine jahrzehntelange Großbaustelle zwischen Bückeberg und Porta zur Folge haben. Extreme Beeinträchtigungen von Wohn- und Lebensqualität seien die Folge. Die Zerstörung des kostbaren Brut- und Rastvogelgebietes „Bückeberger Niederung“ sei ebenfalls unumgänglich.

Besondere Brisanz innerhalb des Gesetzesentwurfs beherbergt auch eine Prioritätenliste von insgesamt 41 Schienenprojekten an deren Platz 10 sich das Projekt „ABS/NBS Hannover-Bielefeld“ befindet. Das Problem hieran: Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig stellt die einzige zuständige Klageinstanz dar. Dies bedeutet im Klartext, dass für die BIGTAB bei ihren Klagen der Weg durch die verschiedenen Instanzen entfiel und nur noch eine einzige Möglichkeit zur Klage bestünde. Darüber hinaus dürften „die im Bundesverkehrswegeplan 2030 angenommenen Kosten von 1,8 Milliarden Euro [...] angesichts des völlig unkalkulierbaren Tunnelbaus um ein Vielfaches überschritten werden“, warnt Thomas Rippke der von den Politikern einen Stopp bzw. eine Korrektur des Planungsbeschleunigungsgesetzes fordert und ergänzt: „Wir sind nicht gegen einen Ausbau der Bahnstrecke, sondern wir wollen vollwertig mitreden können.“

Dass ein Zeitgewinn von acht Minuten im sogenannten Deutschland-Takt all diese für Mensch und Natur aus dem Neubau resultierenden Schäden rechtfertigt und ein Zeitgewinn nicht anders erreicht werden kann, muss nun dank des Gesetzesvorhabens mehr denn je bei aller Befürchtung innerhalb der betroffenen Kommunen bezweifelt werden.

Foto: BIGTAB



Thomas Rippke (BIGTAB) fordert ein Umdenken bei den Politikern.